

Presseinformation

Potsdam, 28. April 2009

Nach Analysen der Wirtschaftsforschungsinstitute wird es eine erneute drastische Korrektur der Wirtschaftswachstumsprognosen auf Minus 5-6 Prozent geben. Damit stellt sich nicht mehr die Frage, ob ein Konjunkturpaket III kommen wird, sondern nur noch die Frage wann. Dazu erklären **die Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser und der wirtschaftspolitische Sprecher Ralf Christoffers:**

LINKE fordert Konjunkturpaket III

Aus ihren ostdeutschen Erfahrungen mit einem Strukturwandel und aufgrund der sich abzeichnenden Finanz- und Wirtschaftskrise brachte die Linksfraktion viele parlamentarische Initiativen und Anträge in die politische Debatte ein, wie z.B. die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf arbeitsintensive Dienstleistungen, Kommunal-Kombi nachbessern und ausweiten, die Gleichstellung der Zeit- und Leiharbeit, Verlängerung des ALG I. Diese Initiativen, die von der Koalition alle im Landtag abgelehnt wurden, werden nun aktuell diskutiert bzw. finden sich als Forderungen im Wahlprogramm der SPD wieder.

Aus Sicht der LINKEN sind die Konjunkturprogramme I und II sowohl inhaltlich als auch in ihrer Wirkung nicht ausreichend, um dem prognostizierten Wirtschaftseinbruch und den sich daraus ergebenden gesellschaftlichen Konsequenzen wirksam zu begegnen. Deshalb fordert DIE LINKE ein Konjunkturpaket III mit folgenden wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Schwerpunkten:

1. Verlängerung des Kurzarbeitergeldes auf 24 Monate
2. Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I auf 24 Monate.
3. Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für arbeitsintensive Dienstleistungen.
4. Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors um Branchen- und Standortumstrukturierungsmaßnahmen zu unterstützen und zugleich neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

DIE LINKE Fraktion
im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8
14473 Potsdam
Pressesprecherin:
Alexa Lamberz
Telefon: 03 31 / 9 66 15 37
Telefax: 03 31 / 9 66 15 40
E-Mail: [pressestelle@
dielinke-fraktion.brandenburg.de](mailto:pressestelle@dielinke-fraktion.brandenburg.de)

5. Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen, die sich in einer Ausbildung in strukturgefährdeten Unternehmen befinden.
6. Gleichstellung von Leih- und Zeitarbeitern entsprechend der europäischen Rahmensetzung
7. Verstetigung der kommunalen Investitionsoffensive in Höhe von 10 Mrd. Euro jährlich über 10 Jahre - für einen stabilen Markt und um den Infrastrukturbedarf der Kommunen abzudecken.
8. Übergabe des 100 Mrd.-Fonds aus dem Konjunkturpaket II bis zu 60% in die Verantwortung der Länder, damit aus diesen Bürgschafts- und Garantieleistungen Ländergarantien entstehen.
9. Ausbau des Bilanzrechts, um den Einfluss von Einzelinstitutionen auf Bereiche der öffentlichen Entwicklung zu begrenzen und Konzentrationsprozesse, wie bei der HRE, auszuschließen.
10. Auslagerung der prekären Wertpapiere aus den Finanzinstitutionen, um den Interbankenhandel wiederherzustellen. Mögliche Verluste aus der Tätigkeit der sog. „Bad Banks“ sind der Öffentlichen Hand mittelfristig durch den Finanzsektor zu ersetzen. Das schließt zur sofortigen Finanzierung eine Sonderabgabe des Banken- und Finanzsektors ein.
11. Reformierung des Landesbankensystems, damit der Öffentlichen Hand keine weiteren Verluste entstehen.
12. Zusammenfassung aller konjunkturellen Maßnahmen, die öffentliche Gelder zur Folge haben, in Sonderhaushalten, um Transparenz zu gewährleisten. Die Aufwendungen und Schäden, die sich aus diesen Sonderhaushalten ergeben, sind schnellst möglich zurückzuführen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit von Bund und Ländern zu gewährleisten.

Darüber hinaus sind folgende ordnungspolitische Maßnahmen zu ergreifen:

- Stärkere Ausrichtung der Insolvenzordnung auf die Weiterführung von Unternehmen

- Einschränkung der Verbriefungsmöglichkeiten für Kredite
- Verbot der Gründung von Zweckgesellschaften außerhalb der Bilanz
- Gründung öffentlicher Rating-Agenturen und Erweiterung der Kompetenzen der Finanzaufsichtsbehörden einschließlich des Verbots hochspekulativer Finanzmarktprodukte
- Generelle Rücknahme der Steuerfreistellung beim Verkauf von Unternehmensanteilen
- Erhöhung der Eigenkapitalquote von Banken und Finanzinstitutionen um ein risikobewussteres Verhalten zu garantieren
- Stärkere Berücksichtigung von Lebensrisiken (Arbeitslosigkeit, Krankheit usw.) von Kreditnehmern im Privatkundenbereich